

Stadträtin Christa Keimerl

Fraktionsvorsitzende

Siedlungstr. 34 85221 Dachau

☎: 08131/52231 📠: 08131/52232

Mobil: 0160 96909752

E-Mail: christakeimerl@web.de

An die Große Kreisstadt Dachau
Herrn Oberbürgermeister Florian Hartmann
Konrad-Adenauer-Str. 2-6
85221 Dachau

16.02.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hartmann,

die SPD-Fraktion stellt folgenden

Antrag:

Die Stadt Dachau fordert das staatliche Landratsamt auf, zukünftig für die Unterbringung von Asylbewerbern im Stadtgebiet der Großen Kreisstadt Dachau **nur noch** Gebäude in Holz-Massivbauweise zu verwenden.

Diese Bauten sollten in Grundriss und Raumaufteilung flexibel sein, um später auch anderen Nutzungen zugeführt werden zu können.

Die Gebäude werden von der Stadtbau GmbH in Abstimmung mit dem Staatlichen Landratsamt geplant und errichtet. Nach der Fertigstellung werden sie an das Staatliche Landratsamt bzw. den Freistaat Bayern zur Unterbringung der Asylsuchenden vermietet.

Begründung:

Auch bei der Errichtung von Asylbewerberunterkünften sollte bereits beim Bau an die Möglichkeit einer Nachnutzung und deren Nachhaltigkeit gedacht werden.

Holzmassivbauten können zur Nachnutzung auch an einem anderen Standort aufgestellt werden. Sie können problemlos abgebaut und wieder aufgebaut werden. Ein Beispiel hierfür ist die Umsetzung des ehemaligen Küchentrakts der Dachauer Klinik und dessen Umnutzung zu einer Kindertagesstätte in Karlsfeld.

So können, falls die Unterkünfte für die Unterbringung von Asylsuchenden nicht mehr benötigt würden, z.B. Kindertagesstätten oder Jugendeinrichtungen, öffentliche Räume wie Begegnungszentren, Seniorentreffs oder auch Einfachwohnungen für Wohnungssuchende und Bedürftige als Nachnutzung entstehen.

Derzeit sind bereits zwei weitere Asylbewerberunterkünfte im Stadtgebiet in Planung, bzw. werden in den nächsten Monaten bezogen. Da jetzt schon davon ausgegangen wird, dass diese nicht ausreichen werden, sollte zügig mit der Planung der noch erforderlichen Unterkünfte begonnen werden. Hierbei darf nicht vergessen werden, dass auch noch die Auflösung der Unterkunft in der Kufsteiner Straße im Raum steht.

Die Unterbringung der Asylbewerber in Containern und Traglufthallen ist für den Freistaat kostenintensiv und für die Menschen nicht optimal. Wenn wir Unterkünfte bauen, die auch nach der Unterbringung der Asylsuchenden genutzt werden können, kann ein Teil dieser Kosten nachhaltig investiert werden und dies später der Kommune zu gute kommen.

Haushaltsmäßige Auswirkungen:

noch zu klären

ggf. bei der Stadtbau GmbH



Christa Keimerl
Fraktionsvorsitzende